

März 2025

# Länderbericht

Länderbüro Ägypten



## Zwei Jahre Bürgerkrieg im Sudan

### Die neuesten Entwicklungen in der Krisenregion

*Steffen Krüger*

Ende März berichteten sudanesischen Medien, dass der Präsidentenpalast in der sudanesischen Hauptstadt Khartum von den sudanesischen Streitkräften (SAF) zurückerobert wurde. Der Palast, der auch als Regierungssitz dient, war wie andere Teile der Hauptstadt seit April 2023 von den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) besetzt. Die Rückeroberung stellt für die sudanesischen Armee einen wichtigen Meilenstein im anhaltenden Konflikt dar. Auch mehrere Ministeriumsgebäude und ein großer Teil der Hauptstadt befinden sich wieder unter militärischer Kontrolle der SAF. Ein Ende des Krieges ist jedoch noch nicht absehbar, da die RSF-Rebellen noch immer mehrere strategisch wichtige Gebiete des Landes kontrollieren und in anderen Regionen weitergekämpft wird. Vor allem im westlichen Darfur gehen die Kämpfe unvermindert weiter. Ein Ende des Krieges ist in weiter Ferne, da auch die verschiedenen politischen Initiativen im In- und Ausland erfolglos bleiben. In der Zwischenzeit leidet die sudanesischen Bevölkerung unter einer der schlimmsten humanitären Katastrophen weltweit.

In dem fast zweijährigen Bürgerkrieg hat die Sudanesischen Armee (SAF) erhebliche Fortschritte bei der Rückeroberung von Gebieten gemacht, die zuvor an die RSF verloren gegangen waren, darunter ein Großteil der sudanesischen Hauptstadt Khartum. Nun sieht die sudanesischen de-facto Regierung, die sich derzeit im östlichen Port Sudan aufhält, eine Chance, die RSF entscheidend zu besiegen und vollständig zu zerschlagen. Die Rebellenmiliz zeigt sich jedoch widerstandsfähig und kämpft erbittert um die Rückeroberung von Gebieten, aus denen sie sich zurückziehen musste, oder um die Eroberung bisher unbesetzter Gebiete. Besonders die südwestliche Region Darfur gilt als Hochburg der RSF.

Als die SAF bekannt gab, dass sie den Präsidentenpalast zurückerobert und das Stadtzentrum fast vollständig unter ihre Kontrolle gebracht hatte, veröffentlichte der Kommandeur der RSF, Mohamed Hamdan Dagalo (auch bekannt als Hemedti), ein vorproduziertes Video, in dem er versprach, dass seine Truppen die Hauptstadt nicht verlassen würden. Sie würden weiterkämpfen und der SAF, „die 70 Prozent ihrer Kampfflugzeuge verloren habe“, schwere Verluste zufügen. Jüngsten Berichten zufolge hat die RSF

moderne Waffen erworben, darunter Langstrecken-Drohnen, Flugabwehrsysteme und hochentwickelte Ausrüstung für die elektronische Kriegsführung, darunter leistungsstarke Störsender. Dies wird als Zeichen gewertet, dass die Unterstützung der RSF durch die Haftar Miliz in Libyen und die Vereinigten Arabischen Emirate trotz internationaler Verurteilung weiterhin funktioniert. Einige ausländische Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Russland und Libyen haben in den Kriegsjahren profitable Geschäfte mit Gold und anderen Bodenschätzen abgeschlossen. Zudem liegt Sudan mit seiner Küste am Roten Meer und dem Zugang zu Zentralafrika in einer geostrategisch wichtigen Lage.

Die politischen Bemühungen der RSF führten zu einem Bündnis, das vor kurzem offiziell als „Sudan Founding Alliance“, auch bekannt als Taasis, gegründet wurde. Diese besteht neben der RSF aus 23 weiteren Milizen und zivilen Organisationen, darunter das Sudanese People's Liberation Movement - North (SPLM-N) unter der Führung von Abdel-Aziz Al-Hilu. Die SPLM-N war Teil der Kriegsparteien in den beiden Sezessionskriegen (1955-1972 und 1983-2005) im Sudan.

Die „Sudan Founding Alliance“ wurde am 23. Februar 2025 in der kenianischen Hauptstadt Nairobi vorgestellt und hat das Ziel eine parallele „Regierung des Friedens und der Einheit“ aufzustellen. Der RSF-Anführer Hemedti bezeichnete sie als das größte politische, militärische und soziale Bündnis im Sudan, das die Sudanesen unter einem Dach vereine, um für Gerechtigkeit zu kämpfen. Einige Analysten werteten Hemedtis Initiative als verzweifelten Versuch, die Moral seiner Truppen nach einer Reihe schwerer militärischer Niederlagen zu stärken. Es ist aber auch ein Zeichen, dass sich die Fronten weiterhin verhärten und ein Friedensprozess im Sudan in weiter Ferne liegt.

Die Ankündigung der Bildung einer Parallelregierung wurde sowohl im Sudan als auch international heftig kritisiert. Der sudanesischer Außenminister Ali Youssef bezeichnete eine solche Regierung als „Totgeburt“, die Afrikanische Union warnte vor der Gefahr einer Spaltung des Sudan. Die AU erklärte, sie werde eine solche Regierung nicht anerkennen und forderte ihre Mitgliedsstaaten auf, dies ebenfalls zu unterlassen. Der UN-Sicherheitsrat und die EU äußerten Bedenken, dass die Parallelregierung die Rückkehr zu einer zivilen Regierung gefährden könnte. Der ägyptische Außenminister Badr Abdelatty bekräftigte die Unterstützung Kairo für die legitime Regierung des Sudan (SAF) und lehnte die Bildung einer Parallelregierung im Land ab. Dies geht aus einer Erklärung des sudanesischen Außenministeriums nach einem Treffen zwischen Abdelatty und seinem sudanesischen Amtskollegen Ali Youssif in Kairo hervor, wo die beiden Länder im Februar einen bilateralen politischen Konsultationsmechanismus abhielten.

Sowohl SAF als auch RSF ignorieren den jüngsten „Friedensappell“ des ehemaligen Premierministers Abdallah Hamdok zur Beendigung des fast zweijährigen Bürgerkriegs. Abdallah Hamdok schlug vor, dass sich die Führer der Kriegsparteien unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des UN-Sicherheitsrats und des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union treffen sollten, um einen humanitären Waffenstillstand, die Einrichtung sicherer humanitärer Korridore, eine Reihe

vertrauensbildender Maßnahmen und einen wirksamen Mechanismus zur Überwachung des Waffenstillstands unter Beteiligung regionaler und internationaler Friedenstruppen zu vereinbaren. Hamdok appellierte an die regionalen und globalen Mächte, diese Initiative zu unterstützen, die nach Ansicht von Beobachtern eine konzertierte Aktion erfordert, um den Teufelskreis des Krieges zu durchbrechen. Die Friedensbemühungen Hamdoks wurden jedoch von beiden Seiten zurückgewiesen und gelten als Indikator, dass solche Bemühungen keine Früchte tragen.

Der ehemalige Premierminister Hamdok war ebenso Vorsitzender der zivilgesellschaftlichen „Tagadam“-Koalition, ein wichtiger Unterhändler zwischen den rivalisierenden Parteien im Sudan. Die Koalition brach aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten über die Haltung über den Vorschlag der Parallelregierung jedoch auseinander. Es gibt zwar einige Nachfolgeorganisationen, die allerdings deutlich kleiner sind und bisher kaum Einfluss haben.

In der Zwischenzeit verschlechtert sich die Lage der sudanesischen Bevölkerung weiter. Inmitten des anhaltenden Krieges und politischer Zersplitterung leiden Millionen sudanesischer Zivilisten weiterhin unter Tod, Zerstörung, Hunger und der Ausbreitung tödlicher Krankheiten. Millionen von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen in den Nachbarländern können nicht in ihre Heimat zurückkehren. Die wenigen verbliebenen medizinischen Einrichtungen arbeiten unter besonders schwierigen Bedingungen.

Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten gegen unbewaffnete Zivilisten durch alle Kriegsparteien im gesamten Land sind anhaltend. Laut Angaben der Vereinten Nationen sind über 12.000 Kriegsoffer zu beklagen. Die „Sudanese Group for Victims of Enforced Disappearance“ berichtete im Februar 2025, dass während des Konflikts mehr als 2.000 Menschen verschwunden seien. UNICEF erklärte, dass die Kinder im Sudan „in einer der schlimmsten humanitären Krisen der Welt gefangen sind“ und dass das Land Gefahr läuft, eine ganze Generation zu verlieren. Es gibt um die 10

Millionen Flüchtlinge im Sudan und in der Region, die bisher keine Perspektive haben in ihre Häuser zurückzukehren.

Auch wenn die SAF die militärische Oberhand im Land gewinnt, gibt es nach wie vor keine Aussicht auf Frieden. Die bisherigen Prozesse und Vermittlungsversuche zeigen keine Wirkung. Die Region wird zunehmend instabiler. Der Konflikt im benachbarten Südsudan zwischen dem Präsidenten Kiir und seinem Stellvertreter Riek Machar wird zunehmend gewalttätiger ausgetragen. Nach der Unabhängigkeit Südsudans im Jahr 2011 führten ethnische Konflikte zwischen Angehörigen des Präsidenten und des Vizepräsidenten zu einem Bürgerkrieg (2013-2018). Dieser endete mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und ein Friedensvertrag wurde geschlossen. Allerdings kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen im Land. In den letzten Tagen nahmen die Konflikte wieder zu, sodass

viele ausländische Botschaften geschlossen werden mussten, darunter auch die deutsche.

Das Bürgerkriegsland Sudan steht derzeit im Zentrum einer der größten Flüchtlingsbewegung und humanitären Krisen weltweit. Die fehlgeschlagenen Vermittlungsbemühungen im Land aber auch die wenigen internationalen Initiativen zeigen, dass das aktuelle Engagement zur Beendigung des Krieges nicht ausreicht. Aufgrund von Vertreibungen werden zunehmend weitere Länder in der Region in dem Konflikt einbezogen. Deutschland und die EU sollten daher diesen Krieg stärker wahrnehmen und mehr Druck auf die beteiligten Akteure ausüben. Eine erste Gelegenheit bietet hierfür die internationale Konferenz zur humanitären Krise im Sudan, die am 15. April in London u.a. mit Teilnahme der EU, Deutschlands und Frankreichs stattfinden wird.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Steffen Krüger  
Leiter Auslandsbüro Ägypten  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de/aegypten](http://www.kas.de/aegypten)  
[Steffen.Krueger@kas.de](mailto:Steffen.Krueger@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)